



Energie Versorgung Margarethen am Moos GmbH
Energiesstraße 9
A-2433 Margarethen am Moos

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Email:
marktregeln@e-control.at

Wien, 23. März 2018

Betr.: Stellungnahme zur GMMO-VO 2012 Novelle 2018

Sehr geehrte Damen und Herren !

Als Biomethanproduzent ohne Propangaszumischung erlauben wir uns folgende
Anmerkungen und Anregungen:

1. Ausgangspunkt

Im Regierungsprogramm 2017-2022 findet sich zu dem Thema ENERGIE neben anderen
folgendes Hauptziel:

„Unser Ziel ist es, die Energieversorgung unseres Landes kontinuierlich durch erneuerbare
Energieträger aus eigener Produktion zu decken. Wir wollen damit Österreich nicht nur
unabhängiger von Energieimporten machen, sondern gleichzeitig einen großen zusätzlichen
Impuls für neue Investitionen und damit nationale Wertschöpfung, Schaffung von
Arbeitsplätzen und zusätzliches Wachstum aussenden.“ (Seite 175, 2. Absatz)

„Mit einem Bündel an Maßnahmen im Verkehrsbereich soll eine umwelt- und
innovationsfreundliche Mobilitätswende ins Rollen gebracht werden. Die Forcierung
sauberer Antriebstechnologien und der weitere Einsatz nachhaltig erzeugter Biotreibstoffe
sowie der dafür notwendigen Infrastruktur sind zur Erreichung dieses Zieles geeignet.“ (Seite
174, letzter Absatz)

Zum Thema **Innovative Energiezukunft und saubere Mobilität** werden auf Seite 178 u.a.
folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

- Es sollen Rahmenbedingungen für **technologieneutrale** CO2-arme Mobilität geschaffen werden
- Es soll Biogas von der Erdgasabgabe befreit werden und eine steuerliche Begünstigung verankert werden (ebenso wie für Wasserstoff)
- Es soll Rechtssicherheit für Investoren geschaffen werden

Schon die Energie Strategie Österreich aus dem März 2010 hatte vorgesehen, Biogas (Biomethan) zu fördern durch eine „Deutliche Steigerung der Biogasverwendung durch Markteinführung eines Bio-CNG-Mischgaskraftstoffes mit mindestens 20% Biogasanteil bis hin zu reinem Biogaseinsatz, mit dem Ziel des Einsatzes von etwas mehr als 200.000 Fahrzeugen (auf Basis Bio-CNG) in der Flotte bis 2020.“ (Seite 77)

2. Verordnungsentwurf des Vorstandes der E-Control, mit der die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 geändert wird (GMMO-VO Novelle 2018)

In Punkt 15. des Entwurfes ist folgende Textergänzung in Anlage 2 der VO vorgesehen:

„Der Brennwert von Biogaseinspeisungen hat dem jeweils aktuell verordneten Verrechnungsbrennwert zu entsprechen und darf in einem Zeitraum von einem Monat durchschnittlich in einem Bereich von +/- 2 Prozent abweichen.“

Gemäß Punkt 14. des Verordnungsentwurfs soll diese Änderung bereits mit 1. Mai 2018 in Kraft treten.

Die Erläuterungen zu Anlage 2 Punkt 2 führen dazu wie folgt aus:

Es wird ein Satz ergänzt, der den Einspeisebrennwert von Biogasmengen regelt. Um Diskriminierungen von Endverbrauchern im Bereich von einspeisenden Biogasanlagen zu verhindern und zu vermeiden, dass zusätzliche Messgeräte für die Brennwertbestimmung installiert und diese entsprechend in die Bestimmung der Systemnutzungsentgelte eingebunden werden müssen, ist es notwendig, dass die eingespeisten Biogasmengen möglichst dem verordneten Verrechnungsbrennwert entsprechen. Ein davon abweichender Brennwert der eingespeisten Biogasmengen hätte zur Folge, dass, unter anderem aufgrund der saisonalen Mengenschwankungen in Ortsnetzen, der tatsächliche Brennwert beim Endverbraucher um bis zu fünf Prozent vom verordneten Verrechnungsbrennwert abweichen könnte.

3. WFA: wirkungsorientierte Folgeabschätzung

In Österreich sind derzeit beim Biomethanregister 15 Biomethanproduzenten registriert.

(Zusätzlich gibt es noch drei Biogastankstellen, die von der beabsichtigten Änderung aber nicht betroffen sind, weil sie nicht in das Netz einspeisen.)

Vier Anlagenbetreiber mischen Propangas zu und wären von der beabsichtigten Änderung nicht betroffen.

Alle anderen Biomethanproduzenten müssten am 1. Mai 2018 den Betrieb einstellen; deren Investitionskosten wären vorerst einmal „stranded costs“.

Sie könnten den Betrieb nur dann wieder aufnehmen, wenn sie eine Propangaszumischung zusätzlich installieren würden.

Man wird inklusive aller behördenrechtlichen Genehmigungen ca. 1 – 1,5 Jahre für die bauliche und genehmigungsrechtliche Umsetzung einer Propangaszumischungsanlage benötigen – solange könnten diese Biomethananlagen kein grünes Biomethan mehr einspeisen. (Thema: Rechtssicherheit).

4. Verrechnungstechnische Notwendigkeit einer Brennwerterhöhung?

Das gesamte Einspeisevolumen an Biomethan im Vergleich zum gesamten im Netz befindlichen Erdgas kann derzeit nicht anders als homöopathisch genannt werden.

Ob die Einspeisung so geringer Biomethanmengen - selbst in ein Ortsnetz – überhaupt den durchschnittlichen Brennwert so beeinflussen kann, dass ein Endverbraucher dadurch geschädigt werden könnte, müsste zunächst erhoben werden.

Brennwertmessungen werden wohl an vielen Stellen im jeweiligen Verteilernetz erfolgen (zumindest an jedem Einspeisepunkt), da ja auf Basis dieser Messungen erst ein Verrechnungsbrennwert errechnet und verordnet werden kann.

Größere Erdgasbezieher werden im eigenen Interesse ein Brennwertmessgerät installieren und es wird die Abrechnung nach echten Brennwerten erfolgen.

Es ist jedenfalls nicht möglich, dass Biomethan mit wesentlich mehr als einem Brennwert von 10,7 produziert wird; es ist beim derzeitigen Verrechnungsbrennwert von 11,3 im Marktgebiet Ost daher auch nicht möglich, die Bandbreite von +/- 2% zu erreichen.

Die unmittelbare Umsetzung hätte somit zur Folge, dass ab 1. Mai 2018 keine vernünftige, grüne Biomethaneinspeisung mehr erfolgen kann.

Eine Erhöhung des Brennwertes ist bei Biomethan nicht möglich und kann nur durch zusätzliche Einspeisung von **fossilem** Propan erreicht werden, was nicht im Sinne der ökologischen Zielsetzungen des Regierungsprogrammes sein kann.

5. Verbraucherschutz I

Da die Installierung von Brennwertmessgeräten bei jedem einzelnen Endverbraucher wirtschaftlich unsinnig wäre, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit vorgesehen, einen Verrechnungsbrennwert festzusetzen.

Monatlich wird ein gewogener Mittelwert des Brennwertes des gesamten in ein jeweiliges Marktgebiet eingespeisten Gases ermittelt.

Falls dieser ermittelte Brennwert nicht um mehr oder weniger als 2% vom verordneten Verrechnungsbrennwert abweicht, dann darf die Verrechnung mit dem Endkunden auf Basis des verordneten Brennwertes erfolgen (ein höherer gemessener Brennwert würde dem Verbraucher aber natürlich keinen Schaden zufügen).

Der maximal mögliche Schaden für den durchschnittlichen Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von 15.000 kWh beträgt bei der erlaubten Abweichung von - 2% derzeit (im Marktgebiet Ost und einem Energiepreis von Brutto Euro 3,10 pro kWh) Euro 9,80, also 0,81 Euro im Monat.

Bei einer erlaubten Abweichung von – 5% würde der maximal mögliche Schaden (im Marktgebiet Ost bei einem Energiepreis von Euro 3,10 pro kWh) Euro 26,10, somit 2,17 Euro pro Monat betragen – absolut noch immer nicht die Welt, aber immerhin um Einiges mehr als derzeit erlaubt.

Beide Berechnungen sind rein theoretisch, weil die Vermischung der heutigen homöopathischen Biomethanmengen nach Einspeisung mit dem im Netz befindlichen Erdgas nicht wirklich einen entscheidenden Einfluss auf den Brennwert haben kann.

Die Festsetzung einer Bandbreite von +/-2% ist aber genau so willkürlich wie die Festsetzung einer Bandbreite von +/-5%.

6. Klimaziele

Bekanntlich ist Österreich generell nicht am Zielerreichungspfad bei der Erfüllung der verpflichtenden CO₂-Reduktionen – insbesondere aber nicht im Verkehrsbereich.

Eine Verpflichtung zur Zumischung von fossilem Propangas würde zudem wohl die EU-Richtlinienkonforme gesetzlich festgeschriebene bevorzugte Einspeisung von biogenen Gasen irgendwie konterkarieren (eines der Ziele des Gaswirtschaftsgesetzes ist die Schaffung von Grundlagen für eine **zunehmende Nutzung des Potentials an biogenen Gasen** für die österreichischen Gasversorgung – S. § 4 Ziffer 5 GWG 2011 – in Umsetzung der EU Richtlinie 2009/73 EG).

7. Biogaspotential

Schon vor einiger Zeit wurde das Potential an biogenen Gasen erhoben.

Das mittlere Potential an Biogas wurde mit rd. 29.000 GWh berechnet, wovon rd. 21.000 GWh aus nachwachsenden Rohstoffen, rd. 8.000 GWh aus Abfällen erzielbar sein müssten. (Anlage 1 und Anlage 2)

Zum Vergleich dazu: im Jahr 2017 wurden erst 149 GWh, also nur 0,5% des mittleren Potentials „gehoben“ und in das Erdgasnetz eingespeist.

Der Inlandsgasverbrauch hat in den Jahren 2010 - 2017 durchschnittlich 94.656 GWh betragen.

Bei Umsetzung des Biogaspotentials könnten daher **nachhaltig rd. 30% des Inlandsgasverbrauches durch eigene österreichische grüne Biomethanproduktion abgedeckt** werden : ein unerwartetes überraschendes Ergebnis – durchaus aber im Sinne des Ziels 1 der Klimastrategie (siehe oben).

8. Biomethan als Treibstoff

Seriöse Vergleichsberechnungen einer well-to-wheel Betrachtung ergeben, dass beim heutigen Stand der Technik der Betrieb eines Kraftfahrzeuges mit 100% Biomethan-Treibstoff die CO₂-verträglichste Antriebsart ist. (Anlage 3)

Es ist nicht nur die CO₂-Belastung unvergleichlich niedrig, es ist auch die NO_x Belastung deutlich reduziert, zudem fällt auch kein Feinstaub an.

Selbst bei Ausschöpfung von nur 50% des o.a. Potentials an in Österreich produzierbaren Biomethan könnten damit mehr als 1.000.000 PKW (eine bei einem derzeitigen Erdgas-PKW Bestand von rd. 5.500 vermutlich in weiter Ferne liegende vielleicht zur Gänze unrealistische Zahl) mit 100% Biomethan betrieben werden.

9. Verbraucherschutz II

Österreich verfügt jetzt schon über ein, wenn auch nicht ausreichendes, aber immerhin flächendeckendes Netz an Erdgas (CNG) Tankstellen. Dazu kommen drei weitere reine Biomethantankstellen.

Benzin und Diesel sind in Liter abzugeben und zu verrechnen, Bio-Erdgas ist allerdings in Kilogramm zu verrechnen.

Da der Energieinhalt von Bio-Erdgas wesentlich höher ist als der von Benzin und Diesel, sind die unterschiedlichen Preise auf den ersten Blick nicht vergleichbar.

Es ist daher im Interesse des Verbrauchers, eine vergleichbare Preisauszeichnungspflicht zu verordnen, nach der nicht Liter mit Kilogramm, sondern Energieinhalte vergleichbar darzustellen sind.

Es wäre dann auf einen Blick erkennbar, dass selbst das produktionsbedingt im Vergleich zum fossilen Erdgas teurere Biomethan markttauglich ist, weil es schon jetzt billiger sowohl als Benzin als auch als Diesel ist.

10. Gesamtwirtschaftliche Aspekte

Diesbezüglich verweise ich auf beiliegende Studie aus dem Jahr 2013 von Univ.DoZ. Kurt Kratena. (Anlage 4)

11. Schlussfolgerung und Anregung

Die grundlegenden Untersuchungen und Studien zum Thema Biomethan sind gemacht.

Das Inkraftsetzen der geänderten Fassung der Anlage 2 per 1. Mai 2018 lt. Verordnungsentwurf widerspricht nicht nur eklatant den Zielen des Regierungsprogrammes, ist darüber hinaus auch aufgrund der faktischen Biomethaneinspeisesituation nicht notwendig und würde auch noch die letzte Investitionsbereitschaft in diesem zukunftssträchtigen Sektor zerstören und ist daher rundweg abzulehnen.

Ganz im Gegenteil sollte jetzt endlich auf's „Bio-Gaspedal“ gedrückt und dieser Sektor gestärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Malaschofsky